

Dunkle Macht

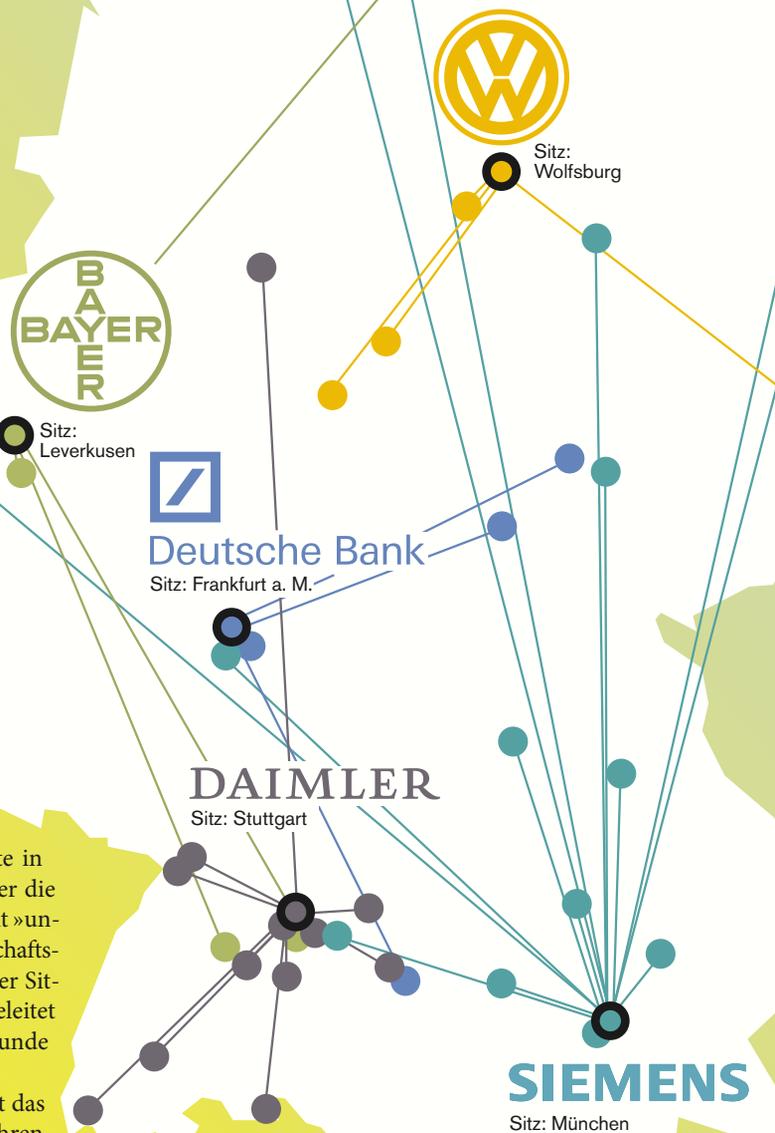
von SEBASTIAN KEMPKENS Als Mitglieder der Hochschulräte können Banker und Unternehmer Einfluss auf die Unis nehmen. Was sie in den Gremien besprechen, dringt kaum an die Öffentlichkeit.

Es muss hoch hergegangen sein, wenn sich der ehemalige Universitätsrat von Schleswig-Holstein zum geheimen »Arbeitsessen« traf. Die zwölf Mitglieder tranken dann gern mal bis zu zehn Flaschen Wein und andere alkoholische Getränke. Pro Person wurden bei einigen Gelegenheiten über 70 Euro fällig; da war es angenehm, dass die Rechnungen vom Steuerzahler beglichen wurden. Genauso wie die Aufwandsentschädigungen, die die Mitglieder für ihre vierteljährlichen Sitzungen bekamen: Der Vorsitzende kassierte 3000 Euro, alle anderen Teilnehmer 1500 Euro – dabei ist die Tätigkeit im Universitätsrat laut Gesetz »ehrenamtlich«.

Der Landesrechnungshof Schleswig-Holstein urteilte in seinem Rechenschaftsbericht von 2013, dass der Rat, der die Unis des Landes in »strategischen Fragen« beriet, schlicht »unwirtschaftlich« sei. Zudem seien Zahlungen vom Wissenschaftsministerium, die unter anderem für die Vorbereitung der Sitzungen vorgesehen waren, in eine »schwarze Kasse« geleitet worden: wofür, ist nicht ganz klar, aber die trinkfeste Runde hatte sicher Verwendung für das Geld vom Staat.

Für den Oldenburger Soziologen Marcel Schütz passt das alles genau ins Bild, das er sich in den vergangenen Jahren von den Hochschul- und Universitätsräten machte, die es in allen deutschen Bundesländern gibt. »Der Fall aus Schleswig-Holstein zeigt, wohin die intransparente Macht einzelner Räte führen kann«, urteilt er.

Die Räte bestehen größtenteils aus hochschulexternen Mitgliedern, darunter viele Manager aus der freien Wirtschaft, die



Das Netz der Wirtschaft

Dax-Unternehmen haben Mitarbeiter in den Hochschulräten etlicher Unis und Fachhochschulen platziert. Wo genau, ist rechts auf der Doppelseite zu lesen. (Quelle: Hochschulwatch)

offiziell von den Unis berufen werden. Wie weit die Kompetenzen der Gremien reichen, ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Immer gleich ist jedoch, dass Studenten kaum erfahren, was die Räte so entscheiden, weil keine Protokolle der Sitzungen veröffentlicht werden. Dabei haben die Mitglieder viel Macht: Oft wählen sie den Rektor, beraten die Hochschulleitung in wirtschaftlichen Fragen und entscheiden sogar über die Einrichtung oder Abschaffung von Studiengängen.

Die bundesweite Einführung von Hochschulräten von 1998 an hatte daher anfangs für Studentenproteste gesorgt, einige Sitzungen mussten sogar unter Polizeischutz stattfinden. Mittlerweile ist es aber ruhig geworden um die Gremien, nur ab und zu dringt etwas nach außen, das für Erstaunen sorgt. Da wäre zum Beispiel die Geschichte mit Rolf Breuer, dem ehemaligen Vorstand der Deutschen Bank. Der ließ sich Bewerbungen für das Rektorat der Uni Frankfurt am Main praktischerweise direkt an seine eigene E-Mail-Adresse der Deutschen Bank schicken.

Um ein bisschen Licht ins Dunkel der Hochschulräte zu bringen, wird die Organisation Transparency International in den nächsten Wochen gemeinsam mit der Tageszeitung „taz“ das Internetportal hochschulwatch.de starten. Das zeigt gebündelt, welche Unternehmen in welchen Hochschulräten vertreten sind.

Die Gesamtschau ist beeindruckend: Allein Siemens hat demnach 15 Manager untergebracht, Daimler mit 12 Räten vertreten, und Bosch hat immerhin noch 8 Führungskräfte an Hochschulen platziert.

»Die massive Präsenz von Wirtschaftsunternehmen an deutschen Unis ist besorgniserregend«, urteilt Arne Semsrott, der das Transparency-Projekt leitet. Allein das reiche schon aus, um die Freiheit von Lehre und Forschung infrage zu stellen. Zumal nicht klar sei, inwiefern die Besetzung des Hochschulrats mit Finanzspritzen der Unternehmen zusammenhänge.

In nur fünf Bundesländern wird laut Semsrott veröffentlicht, welche Unternehmen Zuwendungen an Hochschulen zahlen – im Rest der Republik bleibt die Herkunft vieler Hilfgelder geheim. Ein Missstand, den das Transparency-Portal verdeutlicht. Nutzer können dort zwar lange Listen mit hohen Spendenbeträgen begutachten. Von wem die Gelder geflossen sind, verschweigen die Unis aber häufig.

Hochschulen blocken Anfragen zu den Spendern gern ab: die TU Freiberg, die sich auf »schutzwürdige, private Interessen« beruft; oder die medizinische Hochschule Hannover, die auf »bestehende Geheimhaltungsvereinbarungen« verweist – ähnlich wie die Uni Erlangen-Nürnberg, die »Vertraulichkeitsverpflichtungen« sieht.

Wie eng die Beziehung von Unternehmen und Universitäten schon ist, offenbart sich derzeit besonders bei Technischen Universitäten und Fachhochschulen. Ein Beispiel ist die Hochschule für angewandte Wissenschaften in Würzburg-Schwein-

furt. Die Uni taufte Vorlesungsräume gegen Geld auf die Namen »Aldi-Süd-Hörsaal« und »Fresenius Medical Care-Hörsaal« um – und die Aula auf »Warema Renkhoff Aula«.

Warema Renkhoff ist ein Hersteller von Sonnenschutzprodukten und fördert über eine Stiftung Forschungsprojekte, die an der Uni laufen. Diese Wirtschaftsnähe wirkt sich auch im Hochschulrat aus: Sechs von zehn Mitgliedern kommen aus der Wirtschaft, darunter Angelique Renkhoff-Mücke, die Vorstandsvorsitzende von Warema Renkhoff. Die Uni Würzburg sieht darin kein Problem: Inhalte von Lehre und Forschung würden immer noch die Professoren festlegen. Und an die Gelder, die durch Hörsaal-Sponsoring gewonnen würden, seien keine Bedingungen geknüpft.

Ähnlich argumentiert die Uni Köln, die seit Jahren umstrittene und millionenschwere Verträge mit dem Chemie-Riesen Bayer unterhält. Dazu passt, dass ein ehemaliges Bayer-Vorstandsmitglied seit Jahren den Hochschulrat als Vorsitzender anführt – ein Umstand, der mindestens »ein Geschmäcke« habe, sagt Arne Semsrott von Transparency International.

Die Uni Köln lässt mitteilen, dass man doch überhaupt kein Interesse daran habe, von der Wirtschaft gelenkt zu werden. Außerdem sei der Hochschulrat nicht so mächtig wie oft behauptet. Die Räte trafen sich nur vierteljährlich zu relativ kurzen Sitzungen, da könne doch überhaupt kein maßgeblicher Einfluss auf die Uni ausgeübt werden, wird oft argumentiert. Wenn dem so sei, müsse aber doch eine andere Frage gestellt werden, sagt Wissenschaftler Schütz: »Welche Funktion haben diese Gremien dann überhaupt?«

Die Macht der Hochschulräte einzuschränken oder die Runden gar wieder abzuschaffen dürfte allerdings nicht ganz so einfach werden. Das zeigte sich beispielsweise in Baden-Württemberg, wo die dortige grün-rote Landesregierung dem Gremium einige Kompetenzen streitig machen wollte. Nachdem die Industrie- und Handelskammer Widerstand angekündigt hatte, wurden die Pläne wieder fallen gelassen.

Selbst das hemmungslose Treiben des schleswig-holsteinischen Universitätsrats, der die Hochschulen in Kiel, Lübeck und Flensburg übergreifend betreute, hatte keine negativen Folgen für die Wirtschaft – im Gegenteil. Das Gremium wurde zwar nach dem Bericht des Landesrechnungshofs abgeschafft. Etwas später wurden aber drei neue gegründet. Jetzt haben alle Unis einen eigenen Rat mit jeweils fünf Mitgliedern – und die schleswig-holsteinischen Unternehmen dadurch noch mehr Möglichkeiten, Vertreter zu entsenden.

DEUTSCHE BANK

Frankfurt am Main
Ilmenau
Neu-Ulm
Weimar

BAYER

Hamburg
Hohenheim
Köln
Tübingen

DAIMLER

Esslingen
Furtwangen
Karlsruhe (2x)
Konstanz
Lörrach
Ostwestfalen-Lippe
Reutlingen
Rottenburg
Schwäbisch Gmünd
Stuttgart
Ulm

VW

Braunschweig
Dresden
Göttingen
Kassel

SIEMENS

Aachen
Amberg-Weiden
Augsburg
Berlin (2x)
Erlangen-Nürnberg
Esslingen
Frankfurt am Main
Hamburg
Heide
Ingolstadt
Jena
Landshut
Magdeburg
München (2x)

Mitarbeit: SUSMITA ARP, OLIVER TRENKAMP